

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XLIX
Literaturverzeichnis .....	LIX
<b>Einleitung</b> .....	1
A. Grundanliegen des Gesetzes .....	1
1. Förderung der Autonomie .....	1
2. Vorrang der Unterstützung vor Stellvertretung .....	1
3. Forcierung der selbstgewählten Formen von Stellvertretung als Akte der Selbstbestimmung .....	2
B. Einordnung der Stellvertretung .....	3
1. Zurückdrängung der Stellvertretung, aber kein Verzicht auf sie .....	3
2. Die Erwachsenenvertretung als ein Institut der Stellvertretung .....	4
3. Unterstützung während Stellvertretung .....	5
C. Wieso nicht mehr an Unterstützung im ABGB? .....	6
1. Aufgabenverteilung innerhalb des Staates .....	6
2. Ausbau der Sachwaltervereine zu „Drehscheiben“ des Erwachsenenschutzes .....	7
D. Zum Gesetzgebungsprozess .....	8
E. Zum Aufbau des Gesetzes .....	9
<b>I. Allgemeiner Teil</b> .....	11
A. Überblick .....	11
1. Regelungsorte und Struktur .....	11
2. Selbstbestimmung und Stellvertretung .....	13
a) Selbstbestimmung und ABGB .....	13
b) Selbstbestimmung und Grundrechte .....	14
c) Erwachsenenschutz im Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Fürsorge .....	15
d) Selbstbestimmung durch Unterstützung .....	16
aa) Allgemeines .....	16
bb) Beispiele für Unterstützungsmöglichkeiten .....	17
cc) Unterstützte Entscheidungsfindung .....	19
B. Anwendungsbereich des Erwachsenenschutzrechts .....	21
1. Erfasster Personenkreis .....	21
a) Allgemeines .....	21

b) Volljährige Person .....	21
aa) Mensch .....	21
bb) Alter .....	21
cc) Abwesender .....	22
dd) Gemeinschuldner .....	23
ee) Staatsbürgerschaft .....	24
c) Psychische Krankheit oder vergleichbare Beeinträchtigung der Entscheidungsfähigkeit .....	24
aa) Allgemeines .....	24
bb) Unbestimmte und selbstständige Rechtsbegriffe .....	25
cc) Medizinische Begrifflichkeiten als Ausgangspunkt der Auslegung des Begriffs „psychische Krankheit“ .....	26
dd) Auslegungsergebnis .....	29
ee) Vergleichbare Beeinträchtigung der Entscheidungs- fähigkeit .....	31
2. Welche Angelegenheiten sind einer Vertretung durch Vorsorge- bevollmächtigte oder Erwachsenenvertreter zugänglich? .....	35
a) Allgemeines .....	35
b) Angelegenheiten im Bereich der Vermögenssorge .....	35
c) Angelegenheiten im Bereich der Personensorge .....	35
C. Beginn, Fortbestand, Änderung und Beendigung der Vertretung .....	37
1. Beginn .....	37
2. Eintragungsfehler bei Vorsorgevollmacht, gewählter und gesetzlicher Erwachsenenvertretung .....	37
a) Eintragungsgrundsatz .....	37
b) Auswirkungen von Eintragungsfehlern .....	38
aa) Überblick .....	38
bb) „Nicht-Vertretung“ .....	39
cc) Beendigungsgründe .....	41
3. Fortbestand .....	43
4. Änderung .....	43
5. Pflegschaftsgerichtliche Maßnahmen .....	44
6. Beendigung .....	46
a) Nach Art der Vertretungsbefugnis .....	46
b) Widerruf und Widerspruch .....	47
c) Übergabe von Vermögen und Unterlagen .....	48
d) Fortführungspflicht .....	49
e) Vertretung ohne Vertretungsmacht .....	49
D. Handlungsfähigkeit der betroffenen Person .....	50
1. Einordnung und Abgrenzung .....	50
2. Gesetzliche Vermutungen im Handlungsfähigkeitsrecht .....	55
a) Allgemeines .....	55
b) Tatsachenvermutungen .....	55
c) Wirkungen .....	56

3. Entscheidungsfähigkeit .....	57
a) Funktion .....	57
b) Beschreibung .....	58
4. Geschäftsfähigkeit .....	61
a) Allgemeines .....	61
b) Definition .....	61
c) Volle bzw partielle Geschäftsunfähigkeit .....	62
d) Kein konstitutiver Verlust der Geschäftsfähigkeit .....	63
e) Folgen voller bzw partieller Geschäftsunfähigkeit .....	65
aa) Nichtigkeit .....	65
bb) Ausnahmen .....	65
f) Genehmigungsvorbehalt .....	71
aa) Allgemeines .....	71
bb) Gefährdungssituation .....	72
cc) Gegenstand des Genehmigungsvorbehalts .....	73
5. Wichtige Anwendungsfälle des Geschäftsfähigkeitsrechts .....	75
a) Zuwendungen Dritter .....	75
b) Arbeitsrechtliche Rechtsgeschäfte .....	76
c) Versicherungsvertragsrechtliche Rechtsgeschäfte .....	76
d) Widerruf einer Privatstiftung .....	77
e) Bankenrechtliche Rechtsgeschäfte .....	78
aa) Allgemeines .....	78
bb) Zweifel an der Geschäftsfähigkeit des Bankkunden .....	79
cc) Zuständigkeit des Vertreters .....	80
dd) Handlungsfähigkeit bei Alltagsgeschäften (Alltagsgeschäftsfähigkeit) .....	81
ee) „Alltagskonto-Verfügung“ oder vergleichbare Verfügung als „Mindestrechte“ .....	81
ff) Entgegennahme von Zahlungen für die vertretene Person ..	82
gg) Identitätsprüfung im Rahmen von Bankgeschäften .....	83
f) Grundbuchsrechtliche Verfügungen .....	85
6. Deliktsfähigkeit .....	86
7. Prozessfähigkeit .....	87
8. Geminderte Entscheidungsfähigkeit .....	89
a) Relevanz .....	89
b) Beschreibung .....	90
9. „Zu-Erkennen-Geben“ und „natürlicher“ Wille .....	94
a) Gesetzliche Bezugnahmen auf ein „Zu-Erkennen-Geben“ im Erwachsenenenschutzrecht .....	94
b) „Zu-Erkennen-Geben“ als „Willensmitteilung“ .....	95
c) Handlungsfähigkeit – „natürlicher Wille“ .....	96
aa) Entscheidungsfähigkeit nicht erforderlich .....	96
bb) Kriterien des für ein „Zu-Erkennen-Geben“ nötigen Handlungsvermögens .....	99
cc) Empfangsbedürftigkeit und Stellvertretung .....	101

dd) Übereinstimmung mit Art 12 UN-Behindertenrechts-	
konvention .....	102
E. Auswahl des Vertreters .....	103
1. Überblick .....	103
2. Erwachsenenvertreter-Verfügung .....	106
a) Überblick .....	106
b) Voraussetzung bei der verfügenden Person .....	106
c) Voraussetzungen bei der gewählten Person .....	107
d) Form und Registrierung .....	108
e) Kosten .....	109
f) Gerichtliche Erwachsenenvertretung .....	110
g) Gesetzliche Erwachsenenvertretung .....	110
h) „Negative“ Erwachsenenvertreter-Verfügung .....	111
i) Sonstige Wirkungen .....	112
j) Widerruf .....	112
k) Muster einer Erwachsenenvertreter-Verfügung .....	113
3. Eignung zum Vertreter (§ 243 ABGB) .....	114
a) Allgemeines .....	114
b) Ausschlussgründe .....	117
aa) Allgemeines .....	117
bb) Schutzberechtigung iSd § 21 Abs 1 ABGB (§ 243 Abs 1 Z 1	
ABGB) .....	117
cc) Erwartung einer dem Wohl der volljährigen Person nicht	
förderlichen Ausübung der Vertretung, etwa wegen einer	
strafgerichtlichen Verurteilung (§ 243 Abs 1 Z 2 ABGB) .....	120
dd) Abhängigkeitsverhältnis oder vergleichbare enge	
Beziehung zu einer Einrichtung, in der sich die volljährige	
Person aufhält oder von der diese betreut wird	
(§ 243 Abs 1 Z 3 ABGB) .....	121
ee) Zahlenmäßige Beschränkung (§ 243 Abs 2 ABGB) .....	122
ff) Bereitschaft .....	123
c) Rechtshandlungen eines ungeeigneten Vertreters .....	124
d) Liste von besonders geeigneten Notaren und Rechtsanwälten ...	125
F. Leitlinien der Tätigkeit/Rechte und Pflichten (§§ 247 ff ABGB) .....	127
1. Wohl der vertretenen Person .....	127
a) Allgemein .....	127
b) § 21 ABGB .....	128
c) Begriffsinhalt .....	129
2. Persönliche Wahrnehmung der Vertretung .....	131
3. Persönlicher Kontakt .....	131
4. Befähigung zur Selbstbestimmung (§ 241 Abs 1 2. Teil ABGB) .....	133
5. Verständigungs- und Mitspracherechte .....	133
a) Allgemeines .....	133
b) Persönliche Voraussetzungen bei der vertretenen Person .....	134

c) Verständigung .....	136
aa) In welchen Fällen? .....	136
bb) Ausmaß .....	137
cc) Dokumentation .....	137
dd) Rechtzeitige Verständigung .....	137
d) Äußerung und Befolgung derselben .....	138
e) Rechtsfolgen .....	138
6. Wunschermittlungspflicht (§ 241 Abs 1 erster Teil ABGB) .....	139
7. Bedürfnisbefriedigung und Bargeldüberlassung (§ 258 Abs 1 und 2 ABGB) .....	141
8. Verschwiegenheitspflicht .....	142
a) Verpflichtete .....	142
b) Gegenstand der Verschwiegenheitspflicht .....	143
c) Keine Verschwiegenheit gegenüber dem PflEGschaftsgericht .....	144
d) Auskunftspflicht gegenüber Angehörigen .....	145
e) Andere Ausnahmen von der Verschwiegenheitspflicht .....	146
aa) Entbindung .....	146
bb) Offenlegungspflicht .....	146
cc) Wahrung des Wohls der vertretenen Person .....	147
f) Besondere Verschwiegenheitspflichten .....	147
aa) Notare und Rechtsanwälte .....	147
bb) Mitarbeiter und Organe der Erwachsenenschutzvereine .....	147
g) Aussageverweigerungsrecht .....	147
h) Konsequenzen der Verletzung der Verschwiegenheitspflicht .....	148
9. Berichtspflicht und gerichtliche Kontrolle .....	149
a) Berichtspflicht .....	149
b) Gerichtliche Aufträge .....	151
10. Gerichtliche Genehmigungen .....	153
a) Allgemein .....	153
b) Wichtige Angelegenheiten der Personensorge .....	157
c) Außerordentliche Vermögensverwaltung .....	158
d) Medizinische Behandlung, Sterilisation, Forschung (§§ 252 ff ABGB) .....	162
e) Wohnortbestimmung (§ 257 ABGB) .....	164
f) Heimvertrag .....	164
G. Entgelt-, Entschädigungs- und Aufwandsersatzanspruch im Erwachsenenschutzrecht .....	166
1. Abgrenzungen .....	166
2. Entgeltanspruch .....	166
3. Entschädigungsanspruch .....	167
4. Aufwandsersatzanspruch .....	167
a) Gesetzliche Vorgaben .....	167
b) Anspruchsvoraussetzungen .....	167
aa) Barauslagen, tatsächliche Aufwendungen, Kosten der Haftpflichtversicherung .....	167

bb) Zur zweckentsprechenden Ausübung der Vertretung notwendig .....	168
cc) Keine Erstattung bei Ersatzpflicht Dritter .....	169
dd) Nicht mehr: Vorbehalt fehlender Bedürfnisgefährdung .....	
beim Vertretenen .....	169
5. Pfandrechtliche Absicherung des Entschädigungs-, Entgelt- und Aufwandersatzanspruchs? .....	170
6. Geltendmachung des Entschädigungs-, Entgelt- und Aufwand- ersatzanspruchs .....	170
a) Rechtsgrundlage .....	170
b) Antragstellung .....	171
aa) Allgemeines .....	171
bb) Antragsinhalt .....	171
cc) Antragszeitpunkt .....	171
c) Antrag auf Erlassung eines Leistungsbefehls oder Erteilung einer Entnahmeermächtigung .....	176
d) Antrag auf Vorschussgewährung .....	177
e) Zuständigkeit .....	177
aa) Sachliche Zuständigkeit .....	177
bb) Funktionelle Zuständigkeit .....	178
f) Bestimmung der Höhe der Ansprüche .....	178
g) Schaffung einer Entnahmeermächtigung oder eines Leistungs- befehls .....	179
h) Folgen für den Unterhalt der vertretenen Person .....	180
i) Kollisionskurator .....	185
7. Geltendmachung nach Tod der vertretenen Person .....	186
8. Verjährung .....	187
H. Haftung des Vertreters .....	187
1. Überblick .....	187
2. Rechtliche Sonderbeziehung zwischen vertretener Person und Vertreter .....	189
3. Rechtswidrigkeit und Schutzzweck der Norm .....	190
4. Sorgfaltspflichten .....	191
5. Beweislast .....	192
6. Gehilfenhaftung .....	193
7. Richterliches Mäßigungsrecht .....	194
8. Haftpflichtversicherung .....	195
9. Verjährung .....	196
10. Haftung gegenüber Dritten .....	197
a) Schädigung durch Vertretertätigkeit .....	197
b) Aufsichtspflicht .....	198
c) Verkehrssicherungspflichten .....	200
11. Strafrechtliche Haftung .....	201
12. Einzelfälle .....	202

I.	Haftung des Pflegschaftsgerichts .....	203
1.	Überblick .....	203
2.	Beispiele .....	204
J.	Übergangsrecht .....	206
1.	Allgemeines .....	206
2.	Inkrafttreten .....	206
3.	Zeitlicher Anwendungsbereich .....	206
a)	Definition .....	206
b)	Kollisionsrechtliche Grundregel .....	207
4.	Befristete Überleitung der Sachwalterschaften in gerichtliche Erwachsenenvertretungen .....	207
a)	Anwendung des „neuen“ Rechts auf „übergeleitete“ gerichtliche Erwachsenenvertretungen .....	207
b)	Ausnahmen .....	208
aa)	Bestellvoraussetzungen .....	208
bb)	Handlungsfähigkeit .....	210
5.	Weitergeltung der Vorsorgevollmachten .....	211
6.	Befristetes Weiterbestehen der Angehörigenvertretungen .....	212
7.	Weitergeltung von Sachwalterverfügungen und Widersprüchen gegen Angehörigenvertretungen .....	213
8.	Entschädigung, Entgelt und Aufwandsersatz des „übergeleiteten“ Erwachsenenvertreters .....	213
9.	Verfahrensrecht .....	214
<b>II.</b>	<b>Personensorge</b> .....	216
A.	Allgemeines zur Wahrnehmung der Personensorge .....	216
1.	Historische Entwicklung .....	216
2.	Definition .....	217
3.	Höchstpersönliche Personenrechte .....	217
4.	Personensorge mit Außenwirkung .....	218
5.	Stellvertretung in der Personensorge .....	219
a)	Grundsatzbestimmung .....	219
b)	Voraussetzungen der Vertretungshandlung .....	220
c)	Genehmigung des Gerichts .....	220
d)	Folgen der Nichtbeachtung der Ablehnung der vertretenen Person oder des Fehlens der gerichtlichen Genehmigung .....	221
B.	Bemühung um die gebotene ärztliche und soziale Betreuung .....	222
1.	Überblick .....	222
2.	Voraussetzungen für das Bestehen der Bemühungsverpflichtung ...	223
3.	Inhalt der Bemühungsverpflichtung .....	224
C.	Verpflichtung zum persönlichen Kontakt .....	225
1.	Überblick .....	225
2.	Adressaten des § 247 ABGB .....	225
3.	Umfang der Kontaktverpflichtung .....	226
4.	Persönliche Kontaktnahme .....	228
5.	Berichtspflicht .....	228

D. Medizinische Angelegenheiten .....	228
1. Aufbau und Systematik der gesetzlichen Bestimmungen .....	228
2. Medizinische Behandlung .....	232
a) Voraussetzungen für die Vornahme einer medizinischen Behandlung .....	232
aa) Was ist unter „medizinischer Behandlung“ zu verstehen? ...	232
bb) Keine (medizinische) Behandlung ohne Einwilligung .....	235
cc) Voraussetzungen einer wirksamen Einwilligung .....	237
dd) Entscheidungsfähigkeit .....	239
ee) Ärztliche Aufklärung und informed consent .....	243
ff) Unterstützung zur Herstellung der Entscheidungsfähigkeit	247
b) Medizinische Behandlung entscheidungsfähiger Personen .....	254
c) Medizinische Behandlung nicht entscheidungsfähiger Personen	257
aa) Zustimmung durch den gesetzlichen Vertreter .....	257
bb) Aufklärung der betroffenen Person und ihres Vertreters ....	259
cc) Auskunftsrechte des gesetzlichen Vertreters .....	261
dd) Erforschung des Willens der betroffenen Person .....	261
ee) Keine Behandlung gegen den körperlichen Widerstand .....	263
d) Dissens zwischen der nicht entscheidungsfähigen Person und ihrem gesetzlichen Vertreter .....	264
aa) Wann liegt ein „Dissens“ vor .....	264
bb) Ablehnung der Behandlung durch die betroffene Person ....	265
cc) Pflichtwidrige Ablehnung der Behandlung durch den gesetzlichen Vertreter .....	266
dd) Bestellung eines besonderen Rechtsbeistands im Verfahren	268
e) Gefahr im Verzug .....	270
aa) Zulässigkeitskriterien einer Behandlung bei Gefahr im Verzug .....	270
bb) Mutmaßliche Einwilligung .....	273
cc) Fallkonstellationen .....	275
f) Behandlungsabbruch .....	277
aa) Allgemeine Grundsätze .....	277
bb) Behandlungsabbruch bei nicht entscheidungsfähigen Personen .....	279
cc) Abbruch der künstlichen Ernährung .....	282
g) Exkurs: Der ärztliche Behandlungsvertrag .....	284
3. Medizinische Forschung .....	287
a) Medizinische Forschung im Allgemeinen .....	287
aa) Anwendungsbereich des § 256 ABGB .....	287
bb) Zulässigkeitsvoraussetzung .....	287
cc) Zusätzliche Anforderungen an die Zulässigkeit der Forschung .....	288
dd) Verhältnis zu verwaltungsrechtlichen Vorschriften .....	289
b) Erprobung neuer Arzneimittel oder Medizinprodukte .....	290
aa) AMG .....	290
bb) MPG .....	292



4. Genanalysen .....	292
5. Medizinisch unterstützte Fortpflanzung .....	294
6. Kosmetischer Eingriff .....	295
a) Nicht medizinisch indizierte kosmetische Eingriffe .....	295
b) Medizinisch indizierte kosmetische Eingriffe .....	296
7. Organtransplantation .....	297
a) Organimplantation .....	297
b) Organexplantation vom lebenden Spender .....	297
c) Organentnahme von Verstorbenen – Widerspruch .....	299
8. Sterilisation .....	300
9. Verordnung der „Pille“ .....	302
10. Schwangerschaftsabbruch .....	302
a) Strafrechtliche Einordnung .....	302
b) Zivilrechtliche Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	303
11. Anhang 1: Handlungsanleitung „Zustimmung zur medizinischen Behandlung“ .....	306
E. Wohnortbestimmung .....	308
1. Entscheidung über den Wohnort .....	308
a) Überblick .....	308
b) Definition von Wohnort .....	308
c) Beurteilung der Entscheidungsfähigkeit .....	310
d) Notwendigkeit der Wohnortänderung .....	311
e) Dauerhafte Wohnortänderung .....	312
f) Folgen der Wohnortentscheidung gegen den Willen der betroffenen Person oder ohne gerichtliche Genehmigung .....	314
2. Exkurs: Sicherung der eigenen Wohnung .....	315
a) Allgemeines .....	315
b) Instandhaltung .....	315
c) Weitergabe der Wohnung .....	316
d) Abwehr von Kündigungen .....	316
3. Freiheitsentziehende Zwangsmaßnahmen .....	318
F. Geheimhaltung personenbezogener Daten .....	321
1. Datenschutz .....	321
2. Verschwiegenheitspflicht über personenbezogene Daten .....	324
3. Auskunftsrechte über personenbezogene Daten .....	326
4. Spezialfall Gesundheitsdaten .....	328
a) Einsicht in die Krankengeschichte .....	328
b) Elektronische Gesundheitsakte .....	329
5. Akteneinsicht und Amtshilfe .....	331
G. Schutz des Briefverkehrs .....	333
1. Schutz durch das ABGB .....	333
2. Schutz durch das Urheberrechtsgesetz .....	335
H. Recht auf persönliche Kontakte .....	336
I. Recht am eigenen Bild .....	337
1. § 78 UrhG .....	337
2. Stellvertreterhandeln .....	339

J. Namensgebrauch und Namensänderung .....	341
1. Namensgebrauch .....	341
2. Namensänderung .....	343
K. Urheberpersönlichkeitsrechtliche Dispositionen .....	344
1. Allgemeines .....	344
2. Auswertung der Verwertungsrechte .....	345
3. Schutz der Urheberschaft .....	346
4. Urheberbezeichnung .....	347
5. Einwilligung in eine Beeinträchtigung .....	347
L. Ehe und eingetragene Partnerschaft und deren Auflösung .....	350
1. Eheschließung und Begründung einer eingetragenen Partnerschaft ...	350
a) Eheschließung .....	350
b) Begründung einer eingetragenen Partnerschaft .....	351
2. Nichtigklärung der Ehe und Auflösung der eingetragenen Partnerschaft wegen fehlender Ehe- bzw Partnerschaftscharf- fähigkeit .....	351
3. Aufhebung der Ehe und Auflösung der eingetragenen Partnerschaft wegen Willensmängeln .....	352
4. Ehescheidung und Auflösung der eingetragenen Partnerschaft wegen Verschulden oder Zerrüttung .....	353
5. Pflschaftsgerichtliche Genehmigung der Klagen auf Nichtig- klärung, Aufhebung und Scheidung .....	354
6. Ehescheidung oder Auflösung der Partnerschaft im Einvernehmen ...	354
7. Prozessunfähigkeit der vertretenen Person in den Verfahren auf Nichtigklärung, Aufhebung und Scheidung .....	355
M. Abstammung .....	356
N. Adoption .....	357
1. Allgemeines .....	357
2. Annehmender .....	358
3. Wahlkind .....	358
4. Zustimmungsberechtigte .....	359
O. Pflege und Erziehung eines Kindes einer schutzberechtigten Person ...	360
P. Rechtsgeschäfte von Todes wegen .....	361
1. Überblick .....	361
2. Letztwillige Verfügungen .....	362
a) Höchstpersönlichkeit .....	362
b) Testierfähigkeit .....	362
aa) Allgemeines .....	362
bb) Verhältnis der Testierfähigkeit zur Entscheidungsfähigkeit iSd § 24 Abs 2 ABGB .....	363
cc) Verhältnis der Testierfähigkeit zur Geschäftsfähigkeit .....	364
dd) Fortgeltung des bisherigen Meinungsstands nach dem Willen des Gesetzgebers .....	365
ee) Ist eine „geminderte“ Entscheidungsfähigkeit iSd §§ 244 und 264 ABGB ausreichend? .....	366

ff) Kriterien der Testierfähigkeit .....	368
gg) Beschränkungen der Testierfreiheit .....	369
3. Erbvertrag .....	370
4. Erbverzicht .....	371
Q. Änderung der Staatsbürgerschaft .....	371
R. Eintritt in eine Kirche oder Religionsgemeinschaft und Austritt aus einer solchen .....	373
S. Ausübung des Wahlrechts .....	374
<b>III. Patientenverfügung .....</b>	<b>375</b>
A. Allgemeines zur Patientenverfügung .....	375
1. Hintergrund .....	375
2. Rechtslage vor dem PatVG .....	375
3. Sterbehilfe und Patientenverfügung .....	376
a) Aktive Sterbehilfe .....	376
b) Passive Sterbehilfe .....	377
B. Voraussetzungen und Wirksamkeit einer Patientenverfügung .....	377
1. Allgemeine Voraussetzungen .....	378
a) Höchstpersönlichkeit .....	378
b) Entscheidungsfähigkeit .....	378
c) Alter .....	379
2. Wirksamkeit .....	380
a) Wirksamkeit der verbindlichen Patientenverfügung .....	380
b) Wirksamkeit anderer (nicht-verbindlicher) Patienten- verfügungen .....	381
3. Anwendungsbereich .....	381
a) Persönlicher Anwendungsbereich .....	381
b) Sachlicher Anwendungsbereich .....	382
c) Örtlicher Anwendungsbereich .....	383
d) Zeitlicher Anwendungsbereich – Übergangsbestimmungen .....	383
4. Begriffsbestimmungen .....	383
a) Patientenverfügung .....	383
b) Abgrenzung zur aktuellen Behandlungsverweigerung .....	384
c) Vorsorgedialog .....	384
d) Entscheidungsfähigkeit .....	385
e) Äußerungsfähigkeit .....	385
f) Medizinische Behandlung .....	386
C. Die verbindliche Patientenverfügung .....	387
1. Begriff und Überblick .....	387
2. Wirkungen einer verbindlichen Patientenverfügung .....	388
a) Wirkung für den behandelnden Arzt .....	388
b) Wirkung für Angehörige der Gesundheits- und Krankenpflege- berufe .....	390
c) Wirkung für eine Krankenanstalt oder eine Versorgungs- einrichtung .....	391

d)	Wirkung für einen Vertreter des Patienten .....	391
e)	Wirkung für das Gericht .....	391
3.	Notwendiger Inhalt .....	392
a)	Beschreibung der abgelehnten medizinischen Behandlung .....	392
b)	Beschreibung der Krankheits- oder Lebenssituation? .....	393
c)	Die zutreffende Einschätzung der Folgen der Patienten- verfügung .....	394
4.	Die Aufklärung durch den Arzt .....	395
a)	Allgemeines .....	395
b)	Der aufklärende Arzt .....	397
c)	Inhalt der ärztlichen Aufklärung .....	398
d)	Prüfung der Entscheidungsfähigkeit .....	400
e)	Die Begründung der zutreffenden Folgeneinschätzung .....	401
f)	Bestätigung („Dokumentation“) der ärztlichen Aufklärung .....	402
g)	Zeitraum zwischen ärztlicher Aufklärung und Errichtung .....	404
5.	Die Errichtung vor dem Juristen .....	404
a)	Allgemeines .....	404
b)	Prüfung der allgemeinen Voraussetzungen einer Patienten- verfügung .....	405
c)	Schriftliche Errichtung .....	406
d)	Belehrung .....	408
e)	Textverantwortlichkeit .....	410
f)	Dokumentation und Registrierung .....	410
g)	Die Errichtung vor dem Rechtsanwalt .....	410
h)	Die Errichtung vor dem Notar .....	412
i)	Die Errichtung vor dem rechtskundigen Patientenvertreter .....	413
j)	Die Errichtung vor dem rechtskundigen Mitarbeiter eines Erwachsenenschutzvereins .....	414
6.	Die Verbindlichkeitsdauer .....	415
a)	Allgemeines .....	415
b)	Die Erneuerung einer verbindlichen Patientenverfügung .....	416
c)	Die Änderung einer verbindlichen Patientenverfügung .....	416
D.	Die andere, nicht-verbindliche (beachtliche) Patientenverfügung .....	417
1.	Begriff .....	417
2.	Bewegliches System .....	419
3.	Die Kriterien für die Berücksichtigung .....	419
a)	Einschätzung der Krankheitssituation .....	419
b)	Richtige Folgeneinschätzung .....	419
c)	Konkrete Beschreibung der abgelehnten Behandlungen .....	419
d)	Umfassende ärztliche Aufklärung .....	420
e)	Form der nicht-verbindlichen Patientenverfügung .....	420
f)	Häufigkeit der Erneuerung .....	421
g)	Zeitraum seit der letzten Erneuerung .....	421
h)	Weitere nicht im Gesetz genannte Parameter .....	421

4.	Die Wirkungen einer nicht-verbindlichen Patientenverfügung .....	422
a)	Wirkungen der nicht-verbindlichen Patientenverfügung .....	422
b)	Wirkungen der quasi-verbindlichen Patientenverfügung .....	423
c)	Mögliche Fälle einer quasi-verbindlichen Patientenverfügung ....	424
E.	Unwirksamkeit einer Patientenverfügung .....	425
1.	Allgemeines .....	425
2.	Willensmängel .....	425
a)	Allgemeines .....	425
b)	Entscheidungsfähigkeit im Erklärungszeitpunkt .....	426
c)	Erklärungsbewusstsein .....	426
d)	Irrtum .....	427
e)	List, Täuschung und Zwang .....	427
f)	Sonstige Willensmängel .....	429
3.	Strafrechtlich unzulässige Inhalte von Patientenverfügungen .....	429
4.	Sonstige unzulässige Inhalte .....	431
a)	Kernbereich einer Patientenverfügung .....	431
b)	Sonstige Inhalte einer Patientenverfügung .....	431
5.	Geänderte Verhältnisse in der Medizin .....	432
6.	Widerruf einer Patientenverfügung .....	433
a)	Form des Widerrufs .....	433
b)	Vorliegen der Entscheidungsfähigkeit? .....	434
c)	Widerrufs- bzw Vetoverzicht? .....	435
7.	Die Folgen einer fehlerhaften Patientenverfügung .....	436
a)	Die Folgen von Willensmängeln .....	436
b)	Die Folgen anderer Mängel .....	437
F.	Sonstiges .....	437
1.	Exkurs: Die Ermittlung des Willens – Auslegung von Patienten- verfügungen .....	437
a)	Willenserklärung .....	437
b)	Die Auslegung von Patientenverfügungen .....	438
c)	Im Zweifel für das Leben: „Favor Vitae“ .....	439
2.	Notfälle .....	439
3.	Nachforschungspflicht des Arztes? .....	440
4.	Fallkonstellationen und Verfahrensfragen .....	442
a)	Allgemeines .....	442
b)	Wer kann oder muss sich an das Gericht wenden? .....	442
c)	Gerichtliche Genehmigung des Unterbleibens oder des Abbruchs einer medizinischen Behandlung auf Grund einer nicht-verbindlichen Patientenverfügung? .....	443
d)	Praktische Fälle .....	444
aa)	Der Arzt will trotz Patientenverfügung behandeln .....	444
bb)	Der Arzt will eine aus Sicht einer dritten Person unwirksame Patientenverfügung befolgen .....	445

cc) Der Vertreter des Patienten möchte dessen vorweg erklärten oder mutmaßlichen Willen ermitteln – allfällige Auskunftspersonen (etwa Pfleger, Angehörige, Bekannte oder der frühere Hausarzt) verweigern aber die Zusammenarbeit .....	445
5. Wie finde oder hinterlege ich eine Patientenverfügung? .....	446
6. Kopie oder Original? .....	450
7. Die Kosten der verbindlichen Patientenverfügung .....	451
a) Kosten der ärztlichen Aufklärung .....	451
b) Kosten der Errichtung vor dem Juristen .....	451
aa) Die Kosten der Errichtung vor der Patientenanwaltschaft oder einem Erwachsenenschutzverein .....	451
bb) Die Kosten der Errichtung vor einem Notar oder einem Rechtsanwalt .....	451
8. Sonstige Inhalte .....	452
9. Pflichten des Patienten .....	452
10. Schutz vor Missbrauch .....	453
11. Dokumentation einer Patientenverfügung .....	455
12. Informationspflicht für Krankenanstalten? .....	455
13. Checklisten .....	456
a) Checkliste für den aufklärenden Arzt für die umfassende ärztliche Aufklärung nach § 5 PatVG .....	456
b) Checkliste für den behandelnden Arzt für den Umgang mit Patientenverfügungen .....	458
c) Checkliste für den an der Errichtung mitwirkenden Juristen .....	460
<b>IV. Einkommens- und Vermögensverwaltung .....</b>	<b>463</b>
A. Einleitung .....	463
1. Relevante Rechtsvorschriften .....	463
2. Anwendbarkeit der Regelungen im einzelnen Vertretungsverhältnis .....	464
B. Erforschung und Sicherung von Vermögenswerten und Einkommensansprüchen .....	465
1. Erforschung und Sicherung von Vermögenswerten .....	465
a) Pflicht zur Vermögenserforschung durch den Erwachsenenvertreter .....	465
aa) Zentrale Bestimmung zur Vermögenserforschung in § 259 Abs 2 ABGB .....	465
bb) Zu den Begriffen Einkommen und Vermögen .....	466
b) Sicherung von Vermögenswerten .....	467
c) Amtswegige Vermögenserforschung durch das Pflegeschaftsgericht .....	468
2. Allgemein zur Einkommenssicherung .....	469
a) Die Pflicht zur Wahrung von Einkommensansprüchen im Erwachsenenschutzrecht .....	469
b) Schwierigkeiten bei der Anspruchswahrung .....	470
c) Haftungsdruck und Haftungsrisiko .....	471

d)	Lösungsansätze und Strategien bei der Anspruchswahrung .....	472
e)	Raster zur Darstellung der Einkommensansprüche .....	473
3.	Einkommensansprüche von Personen, bei denen eine Selbsterhaltungsfähigkeit nie eingetreten ist („Kindstatus“) .....	475
a)	Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern .....	475
aa)	Verhältnis des Unterhaltsanspruchs zu Leistungen der Behindertenhilfe bzw der Mindestsicherung .....	476
b)	Waisenpensionsansprüche .....	477
aa)	Logik des „Kindstatus“ aus dem Unterhaltsrecht .....	477
bb)	Waisenpensionsansprüche neben geschützten/unterstützten Arbeitsverhältnissen .....	478
cc)	Rechtzeitige Geltendmachung nach dem Tod eines Elternteils .....	478
dd)	Halbwaisenpension, Vollwaisenpension .....	479
c)	(Erhöhte) Familienbeihilfe .....	479
aa)	Bezug der Familienbeihilfe durch die Eltern bei Haushalts- zugehörigkeit .....	479
bb)	Eigenbezug der erhöhten Familienbeihilfe .....	480
cc)	Ausschlussgründe Eigeneinkommen oder Ehegatten- unterhalt .....	481
dd)	Geltendmachung des Anspruchs auf (erhöhte) Familien- beihilfe .....	481
d)	Der Übertritt ins Erwerbsalter .....	481
4.	Sozialversicherungsansprüche im Erwerbsalter – das erste soziale Netz .....	482
a)	Ansprüche auf Arbeitslosengeld und Notstandshilfe .....	482
b)	Kinderbetreuungsgeld .....	483
c)	Leistungen der Sozialversicherung wegen dauerhaft geminderter Arbeitsfähigkeit .....	484
aa)	Allgemein zur Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit ...	484
bb)	Rehabilitationsgeld und Umschulungsgeld .....	485
cc)	Zuerkennung einer (unbefristeten) Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension .....	486
dd)	Erwerbstätigkeit trotz fehlender Erwerbsfähigkeit .....	486
d)	Ausgleichszulage .....	487
aa)	Allgemeiner Charakter und Geltendmachung der Ausgleichszulage .....	487
bb)	Die unterschiedlichen Ausgleichszulagenrichtsätze .....	487
5.	Landesgesetzliche Sozialleistungen – das zweite soziale Netz .....	488
a)	Besondere Charakteristika des zweiten sozialen Netzes .....	488
b)	Sozialhilfegesetze der Länder und Entwicklung der landes- gesetzlichen Sozialleistungen .....	490
c)	Leistungen der Behindertenhilfe .....	490
d)	Leistungen der Mindestsicherung .....	491
aa)	Allgemein .....	491

bb) Wesentliche Merkmale und Anspruchsvoraussetzungen der Mindestsicherung .....	492
cc) Bemessung und Geltendmachung der Leistung .....	493
6. Pflegegeld .....	494
a) Allgemein zur Geltendmachung .....	494
b) Pflegestufen und Stundenwerte .....	495
c) Besonderheiten bei der Einstufung von psychisch beeinträchtigten Personen .....	497
d) Diagnosebezogene Einstufung .....	498
C. Verwaltung von Einkommen und Vermögen, allgemeiner Teil .....	498
1. Bedeutung und Entwicklung der Regelungen .....	498
a) Bedeutung der Einkommens- und Vermögensverwaltung im Rahmen von Erwachsenenvertretung .....	498
b) Historischer Rückblick .....	499
aa) Entwicklungen von 1984 bis 2001 .....	499
bb) Das KindRÄG 2001 und die Entwicklung der Recht- sprechung danach .....	501
cc) Die Änderungen mit dem SWRÄG 2006 .....	502
c) Geltende Regelungen des 2. ErwSchG .....	503
d) Spannungsverhältnis zu den finanziellen Ansprüchen des (gerichtlichen) Erwachsenenvertreters .....	503
2. Grundsätze der Einkommens- und Vermögensverwaltung .....	504
a) Unterscheidung von Innen- und Außenverhältnis .....	504
b) Auseinandersetzung mit den Lebensverhältnissen, Bedürfnissen und Vorstellungen der vertretenen Person .....	505
aa) Pflicht zur aktiven und offensiven Auseinandersetzung .....	505
bb) Definition der Lebensbedürfnisse .....	506
cc) Wahrnehmen von Vorstellungen und Wünschen der vertretenen Person .....	507
c) Das Verwaltungsziel einer Befriedigung der den persönlichen Lebensverhältnissen angemessenen Bedürfnisse .....	508
d) Berücksichtigung von Wünschen und Vorstellungen der betroffenen Person .....	509
e) Grenzen der Berücksichtigung und typische Spannungsfelder ....	510
f) Auszahlungen zur Deckung von Alltagsgeschäften .....	511
3. Berücksichtigung von Zweckbindungen in sozialrechtlichen Regelungen .....	514
a) Allgemein zur Verwaltung von Sozialleistungen .....	514
b) Verwaltung von existenzsicherndem Mindesteinkommen .....	514
c) Verwaltung von Pflegegeld .....	515
d) Einkommens- und Vermögensverwaltung bei Heimaufenthalt iRd Sozialhilfe .....	516
aa) Änderung mit der Regressabschaffung .....	516
bb) Legalzession bei Pensions- und Pflegegeldeinkommen .....	516
cc) Anwendung der Einkommens- und Vermögensverwaltungs- grundsätze bei Heimaufenthalt .....	517



D. Einkommens- und Vermögensverwaltung .....	518
1. Verwaltung von „Mündelvermögen“ .....	518
a) Allgemeines .....	518
b) Vermögensverwaltung .....	518
2. Vermögenssorge – Unterscheidung Einkommen, Vermögen und Mündelgeld .....	520
a) Vermögen iwS .....	522
b) Vermögen ieS .....	523
c) Einkommen .....	523
d) Mündelgeld .....	524
3. Unterscheidung ordentlicher und außerordentlicher Wirtschaftsbetrieb .....	525
a) Genehmigungsfreie Vertretungshandlungen .....	526
b) Genehmigungsbedürftige Vertretungshandlungen im außerordentlichen Wirtschaftsbetrieb (§§ 258 Abs 4 iVm 167 Abs 3 ABGB) .....	527
c) Pflicht zur Beiziehung eines Sachverständigen (§ 132 Abs 2 AußStrG) .....	527
4. Grundsätze der Vermögensverwaltung .....	529
a) Veranlagungsmaximen nach § 215 ABGB .....	530
aa) Risikostreuung (Diversifikation) .....	531
bb) Verbot der reinen Spekulation .....	532
cc) Pflicht zur produktiven Verwaltung .....	533
dd) Liquidität .....	533
b) Anlegung von Mündelgeld (§§ 216 bis 220 ABGB) .....	534
c) Mündelsichere Spareinlagen nach § 216 ABGB .....	535
aa) Allgemeines zu Spareinlagen .....	535
bb) Anlegung von Mündelgeld in Spareinlagen .....	536
cc) Kraftloserklärung von Sparbüchern .....	538
dd) Allfällige Mitinhaber einer Sparurkunde .....	538
d) Wertpapiere und Forderungen nach § 217 ABGB .....	539
aa) Allgemeines zu Wertpapieren .....	539
bb) Beurteilungskriterien für das Risiko von Wertpapieren .....	539
cc) Anlegung von Mündelgeld in Wertpapiere und Forderungen .....	540
e) Gewährung von Krediten nach § 218 ABGB .....	542
f) Erwerb von Liegenschaften nach § 219 ABGB .....	543
g) Veranlagung „in anderer Weise“ nach § 220 ABGB .....	543
5. Umschichtung von bereits iSd § 220 ABGB veranlagtem Vermögen .....	545
a) Allgemeine Überlegungen .....	545
b) Gesetzliche Regelung (§ 220 iVm) § 221 ABGB .....	545
aa) Pflicht zur Umschichtung (bei Gefährdung) .....	545
bb) Umschichtung zum Wohl der schutzberechtigten Person ...	546
cc) Folgen einer Umschichtung .....	547

6. Verwertung und Veräußerung von beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten .....	547
a) Verwertung beweglichen Vermögens nach § 222 ABGB .....	548
b) Veräußerung unbeweglichen Vermögens nach § 223 ABGB .....	549
7. Besondere Anforderungen an die Person des Vertreters .....	550
8. Entgegennahme von Zahlungen (§ 224 ABGB) .....	551
9. Kosten im Rahmen der Vermögensverwaltung .....	552
10. Strafrechtliche Aspekte der Vermögensverwaltung .....	552
a) Untreue .....	553
aa) Vermögensinteressen des Vertretenen (Machtgeber) .....	553
bb) Vertreter als Täter .....	553
cc) Beteiligung Dritter und Verbandsverantwortlichkeit .....	553
dd) Befugnismissbrauch durch den Vertreter .....	555
ee) Wissentlichkeit .....	556
ff) Unvertretbarkeit des Befugnismissbrauchs .....	556
gg) Vermögensschaden durch Befugnismissbrauch .....	557
hh) Zivilrechtliche Regeln zur gebotenen Sorgfalt .....	560
b) Betrug .....	560
c) Veruntreuung .....	562
E. Aufsicht über die Vermögensverwaltung, Berichts- und Rechnungslegungspflichten .....	565
1. Der Überwachungsauftrag des Gerichts .....	565
a) Regelungen zum gerichtlichen Überwachungsauftrag und deren Anwendungsbereich .....	565
b) Umfang der Überwachungspflichten .....	566
c) Zweck und Inhalt des gerichtlichen Überwachungsauftrags .....	568
d) Mittel des Gerichts zur Überwachung und Sicherung .....	570
aa) Zu den gerichtlichen Mitteln allgemein .....	570
bb) Die Sperre von Guthaben als wichtigstes Sicherungsmittel ...	570
e) Zuständigkeitsverteilung innerhalb des Gerichtes .....	571
2. Berichts- und Mitteilungspflichten zu Beginn der Erwachsenenvertretung .....	572
a) Antrittsbericht (erster Lebenssituationsbericht) .....	572
aa) Pflicht und Frist zum Antrittsbericht .....	572
bb) Bedeutung, Form und Inhalt des Antrittsberichts .....	573
b) Ergebnis der Erforschung und Sicherung von Einkommen und Vermögen (Antrittsstatus) .....	573
3. Jährlicher Lebenssituationsbericht (Jahresbericht) .....	575
a) Berichtspflicht .....	575
b) Inhalt des Lebenssituationsberichts .....	576
aa) Kontakt .....	576
bb) Wohnort .....	577
cc) Geistiges und körperliches Befinden .....	577
dd) Angelegenheiten .....	578
ee) Aktualisierung des Einkommens- und Vermögensstatus .....	578

4. Rechnungslegungspflichten allgemein .....	578
a) Grundlage und Anwendbarkeit der Rechnungslegungspflicht ...	578
b) Überblick und Charakter der Rechnungslegungspflichten .....	580
c) Antrittsrechnung .....	581
d) Laufende Rechnung .....	581
aa) Pflicht zur laufenden Rechnung allgemein .....	581
bb) Dauer der laufenden Rechnungslegungsperiode .....	582
e) Besondere Rechnungslegung auf Aufforderung des Gerichts .....	583
aa) Welche Pflichten bleiben trotz Befreiung von der Pflicht zur laufenden Rechnungslegung bestehen? .....	583
bb) Anlass für einen besonderen Auftrag zur Rechnungslegung	584
f) Schlussrechnung .....	585
aa) Anlass und Pflicht zur Schlussrechnung .....	585
bb) Übergabeverpflichtungen des bisherigen Vertreters .....	585
cc) Beendigung gerichtlicher Vermögenssicherungs- maßnahmen .....	586
5. Inhalt der Pflegschaftsrechnung .....	586
a) Darstellung der Einkommens- und Vermögensverwaltung .....	586
b) Form und Beilagen der Rechnungslegung .....	587
c) Eingeschränkter Inhalt bei der Befreiung von der laufenden Rechnungslegungspflicht .....	588
6. Prüfung und Entscheidung über die Pflegschaftsrechnung .....	589
a) Prüfung der Pflegschaftsrechnung .....	589
b) Entscheidung über die Rechnung .....	590
aa) Wirkung der Entscheidung über die Rechnung .....	590
bb) Weitere Entscheidungen zugleich mit der Entscheidung über die Rechnung .....	591
c) Gebührenpflicht der Entscheidung über die Rechnung .....	592
F. Anhang: „Landkarte“ der Ansprüche .....	593
<b>V. Vorsorgevollmacht .....</b>	<b>594</b>
A. Überblick .....	594
1. Definition .....	594
2. Zweck .....	595
3. Regelungsort .....	597
4. Missbrauchsgefahr .....	597
5. Vorsorgevollmachten im Ausland .....	598
B. Voraussetzungen der Errichtung der Vorsorgevollmacht .....	599
1. Beim Vollmachtgeber .....	599
2. Beim Bevollmächtigten .....	600
3. Formvorschriften .....	604
a) Überblick .....	604
b) Schriftlichkeit .....	605
c) Errichtung bei einem Notar, Rechtsanwalt oder Erwachsenen- schutzverein .....	606

aa) Überblick .....	606
bb) Errichtung beim Erwachsenenschutzverein .....	607
C. Angelegenheiten einer Vorsorgevollmacht .....	609
1. Bestimmtheit der Angelegenheiten .....	609
2. Art der Angelegenheiten .....	610
a) Überblick .....	610
b) Einkommens- und Vermögensverwaltung .....	611
c) Personensorge .....	612
aa) Allgemein .....	612
bb) Gesundheitsangelegenheiten .....	614
cc) Wohnortänderung .....	616
d) Vertretungsfeindliche Angelegenheiten .....	617
e) Relativ höchstpersönliche Angelegenheiten .....	618
f) Änderung der Vorsorgevollmacht .....	618
D. Aufgaben von Notar, Rechtsanwalt und Erwachsenenschutzverein .....	619
1. Allgemeines .....	619
2. Entscheidungsfähigkeit .....	620
3. Ausschlussgründe .....	620
4. Belehrung des Vollmachtgebers .....	621
E. Wirksamwerden und Beendigung der Vollmacht .....	623
1. Beginn der Vertretungsmacht .....	623
2. Beendigung der Vertretungsmacht .....	625
a) Überblick .....	625
b) Tod des Vollmachtgebers und des Bevollmächtigten .....	626
c) Gerichtliche Entscheidung .....	627
d) Eintragung im ÖZVV .....	628
aa) Die Wiedererlangung der Entscheidungsfähigkeit durch den Vollmachtgeber .....	628
bb) Der Widerruf der Vorsorgevollmacht durch den Vollmacht- geber .....	629
cc) Kündigung und einvernehmliche Auflösung der Bevollmächtigung .....	630
F. Rechte und Pflichten .....	631
1. Allgemeines .....	631
a) Rechtsgrundlagen .....	631
b) Substitution .....	631
c) Gesamtvertretung .....	632
d) Insichgeschäfte und Doppelvertretung .....	633
e) Gerichtliche Genehmigung .....	633
2. Pflichten des Beauftragten .....	635
a) Überblick .....	635
b) Sonderbestimmungen für die Vorsorgevollmacht .....	635
aa) Selbstbestimmung des Vollmachtgebers .....	635
bb) Andere Verpflichtungen .....	638
c) Nach den §§ 1002 ff ABGB .....	640

3. Rechte des Beauftragten .....	640
4. Haftung .....	642
G. Einzelfaspekte .....	643
1. Allgemeine zivilrechtliche Vollmacht .....	643
2. Verhältnis zu Erwachsenenvertreter-Verfügung und Patienten- verfügung .....	645
3. Besonderheiten im Liegenschaftsverkehr .....	646
a) Grundbuch .....	646
b) Wohnungseigentum .....	648
H. Registrierung .....	649
1. Überblick .....	649
2. Registrierung der Vorsorgevollmacht .....	650
3. Registrierung von Beginn und Ende der Vertretungsbefugnis .....	651
a) Wirksamwerden der Vorsorgevollmacht .....	651
b) Beendigung der Vertretungsbefugnis .....	652
4. Zu registrierende Daten .....	653
5. Verständigungs- und Informationspflichten .....	655
6. Bestätigung der Registrierung .....	656
7. Einsichtsrechte in das ÖZVV .....	657
<b>VI. Gewählte Erwachsenenvertretung .....</b>	<b>659</b>
A. Allgemeines .....	659
1. Hintergrund .....	659
2. Voraussetzungen .....	660
B. Vertretene Person .....	660
1. Volljährigkeit .....	660
2. Psychische Krankheit oder vergleichbare Beeinträchtigung der Entscheidungsfähigkeit .....	660
3. Vorhandensein von Angelegenheiten .....	661
4. Unfähigkeit zur Besorgung der eigenen Angelegenheiten .....	662
5. Subsidiarität der gewählten Erwachsenenvertretung .....	662
a) Unterstützungsmöglichkeiten .....	663
b) Bereits vorhandener Vertreter .....	663
c) Vorsorgevollmacht .....	664
6. Geminderte Entscheidungsfähigkeit .....	664
C. Vertreter .....	666
1. Nahestehende Person .....	666
2. Eignung .....	667
a) Nicht selbst schutzberechtigt .....	667
b) Förderliche Ausübung .....	667
c) Kein Abhängigkeitsverhältnis .....	668
d) Keine Überschreitung der Höchstgrenze .....	668
3. Mehrere Erwachsenenvertreter .....	668
D. Entstehung .....	668
1. Vereinbarung .....	668
2. Form .....	669

3.	Registrierung .....	671
a)	Allgemeines .....	671
b)	Voraussetzungen .....	671
c)	Ablehnung der Eintragung .....	673
d)	Inhalt der Eintragung .....	673
e)	Informationspflichten .....	674
f)	Wer hat Einsicht in das Österreichische Zentrale Vertretungs- verzeichnis? .....	674
4.	Kosten der Errichtung und Eintragung .....	675
E.	Beendigung .....	675
1.	Tod der vertretenen Person oder ihres Vertreters .....	675
2.	Gerichtliche Entscheidung .....	676
3.	Eintragung des Widerrufs oder der Kündigung im Österreichischen Zentralen Vertretungsverzeichnis .....	676
4.	Keine Beendigungsgründe .....	678
a)	Wiedererlangung oder Verlust der Entscheidungsfähigkeit .....	678
b)	Zeitablauf .....	678
F.	Vertretungsumfang .....	678
1.	Angelegenheiten .....	678
2.	Handlungsfähigkeit .....	679
3.	Vertretung im Einvernehmen – „Co-Decision“ .....	680
4.	„Vereinbarter Genehmigungsvorbehalt“ .....	682
5.	Vertretung vor Gericht und Ausübung von Einsichts- und Auskunftsrechten .....	683
G.	Rechte und Pflichten .....	684
1.	Allgemeines .....	684
2.	Rechte .....	684
a)	Aufwandersatz und Entschädigung .....	684
3.	Pflichten .....	686
a)	Wunschermittlung .....	686
b)	Verständigung und Mitsprache .....	686
c)	Kontakte .....	687
d)	Betreuung .....	687
e)	Verschwiegenheit und Auskunftspflicht .....	687
f)	Haftung .....	688
g)	Aufbewahrungspflicht .....	688
h)	Vermögensverwaltung .....	688
i)	Personensorge .....	688
j)	Zustimmung zu medizinischen Behandlungen .....	689
k)	Dauerhafte Wohnortänderung .....	689
H.	Gerichtliche Kontrolle .....	689
1.	Allgemeines .....	689
2.	Lebenssituation .....	690
3.	Rechnungslegung .....	691

<b>VII. Die gesetzliche Erwachsenenvertretung</b> .....	693
A. Überblick .....	693
B. Vertretene Person .....	693
1. Vorliegen einer psychischen Krankheit oder vergleichbaren Beeinträchtigung der Entscheidungsfähigkeit .....	693
2. Subsidiarität zu Vorsorgevollmacht und gewählter Erwachsenen- vertretung .....	694
a) Allgemeines .....	694
b) Kein Vertreter vorhanden .....	694
c) Fehlen der vollen Entscheidungsfähigkeit .....	695
d) Keine Wahl eines gewählten Erwachsenenvertreters .....	696
3. Nichtvorliegen eines Vorab-Widerspruchs .....	696
a) Allgemeines .....	696
b) Eintragung im ÖZVV .....	697
c) Zeitpunkt des Widerspruchs .....	697
d) Reichweite des Widerspruchs .....	697
e) Erforderliche Handlungsfähigkeit .....	698
f) Widerruf des Widerspruchs .....	699
C. Vertreter .....	699
1. Kreis der nächsten Angehörigen .....	699
a) Allgemeines .....	699
b) Erfordernis des gemeinsamen Haushalts? .....	701
c) Angehörigeneigenschaft einer in einer Erwachsenenvertreter- Verfügung bezeichneten Person .....	704
2. Eignung des gesetzlichen Erwachsenenvertreters .....	705
a) Allgemeines .....	705
b) Mangelnde Schutzberechtigung .....	706
c) Erwartung einer dem Wohl der volljährigen Person nicht förderlichen Ausübung der Vertretung .....	707
d) Kein Abhängigkeitsverhältnis .....	708
e) Keine Überschreitung der Höchstgrenze von Vertretungen .....	709
3. Einverständnis der einzutragenden Person .....	709
4. Verhältnis mehrerer gesetzlicher Erwachsenenvertreter .....	709
D. Entstehung .....	710
1. Registrierung im ÖZVV .....	710
a) Allgemeines .....	710
b) Voraussetzungen .....	711
c) Persönliche Belehrung .....	713
d) Inhalt der Eintragung und Informationspflichten .....	714
2. Kosten der Eintragung .....	714
E. Beginn, Dauer, Änderung und Beendigung .....	714
1. Beginn .....	714
2. Dauer .....	715
3. Beendigung .....	715
a) Tod der vertretenen Person oder des Erwachsenenvertreters .....	715

b)	Gerichtliche Entscheidung .....	716
c)	Zeitablauf .....	716
d)	Widerspruch .....	717
aa)	Allgemeines .....	717
bb)	Eintragung im ÖZVV .....	717
cc)	Dogmatische Einordnung .....	718
dd)	Reichweite .....	719
ee)	Verzicht .....	720
ff)	Widerruflichkeit .....	720
gg)	Widerspruch des gesetzlichen Erwachsenenvertreters .....	720
e)	Verlust der Angehörigeneigenschaft .....	720
f)	Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit .....	722
4.	Änderung .....	722
5.	Fortführungspflicht .....	722
F.	Vertretungsumfang .....	723
1.	Allgemeines .....	723
2.	Wirkungsbereich .....	724
a)	Vertretung in Verfahren vor Gerichten und Verwaltungs- behörden .....	724
b)	Verwaltung von Einkünften, Vermögen und Verbindlichkeiten	726
c)	Abschluss von Rechtsgeschäften zur Deckung des Pflege- und Betreuungsbedarfs .....	728
d)	Entscheidung über medizinische Behandlungen und Abschluss von damit im Zusammenhang stehenden Verträgen .....	729
e)	Änderung des Wohnortes und Abschluss von Heimverträgen ....	730
f)	Sonstige Angelegenheiten .....	730
g)	Adhäsionskompetenzen .....	731
3.	Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	732
4.	Einfluss auf die Handlungsfähigkeit .....	733
G.	Pflichten des gesetzlichen Erwachsenenvertreters .....	734
1.	Allgemeines .....	734
2.	Handlungsmaxime .....	734
3.	Verpflichtung zum Tätigwerden? .....	734
a)	Allgemeines .....	734
b)	Beistandspflichtige Angehörige .....	735
c)	Erwachsenenvertretung als Inhalt familiärer Beistandspflichten? ...	737
d)	Pflicht zum Tätigwerden nach Eintragung im ÖZVV .....	740
4.	Verständigungs- und Mitspracherechte des Betroffenen .....	740
5.	Wunschermittlungspflicht .....	743
6.	Bedürfnisbefriedigung und Bargeldüberlassung bzw Einrichtung eines „Alltagskontos“ .....	743
7.	Verschwiegenheitspflicht .....	744
8.	Auskunftspflicht gegenüber Angehörigen .....	745
9.	Persönliche Kontakte und Betreuung .....	745
a)	Persönliche Kontakte .....	745
b)	Betreuung .....	746



10. Gerichtliche Kontrolle .....	747
a) Allgemeines .....	747
b) Lebenssituationsbericht .....	747
c) Rechnungslegung .....	748
d) Aufbewahrung von Dokumenten .....	749
H. Entschädigung und Aufwandsersatz .....	749
I. Haftung des gesetzlichen Erwachsenenvertreters .....	750
1. Allgemeines .....	750
2. Rechtliche Sonderbeziehung .....	751
3. Rechtswidrigkeit .....	751
4. Verschuldenshaftung .....	753
a) Sorgfaltsmaßstab .....	753
b) Verschuldensgrad .....	754
5. Beweislast .....	754
6. Gehilfenhaftung .....	756
7. Richterliches Mäßigungsrecht .....	758
8. Verjährung .....	759
J. Haftung der vertretenen Person .....	760
1. Für nächste Angehörige als gesetzliche Vertreter .....	760
2. Risikohaftung für Zufallsschäden .....	760
<b>VIII. Die gerichtliche Erwachsenenvertretung .....</b>	<b>762</b>
A. Überblick .....	762
1. Allgemeines .....	762
2. Regelungsort .....	763
B. Voraussetzungen für die Bestellung eines gerichtlichen Erwachsenen- vertreters .....	764
1. Bei der betroffenen Person .....	764
a) Allgemeines .....	764
b) Volljährige Person .....	764
c) Psychische Krankheit oder vergleichbare Beeinträchtigung der Entscheidungsfähigkeit .....	765
d) Unfähigkeit zur entsprechenden Besorgung der Angelegen- heiten .....	765
e) Unvermeidlichkeit (Subsidiaritätsprinzip) .....	765
aa) Allgemeines .....	765
bb) Vorrang der Unterstützung .....	766
cc) Vorrang innerhalb der Vertretungsformen .....	767
2. Beim Vertreter .....	768
a) Überblick .....	768
b) Berufung zum gerichtlichen Erwachsenenvertreter .....	771
aa) Grundsätze .....	771
bb) Selbst gewählte Person .....	772
cc) Wünsche dritter Personen .....	774
dd) Nahe stehende Person .....	774
ee) Erwachsenenschutzverein .....	776

ff) Rechtsanwalt (Rechtsanwaltsanwärter), Notar (Notariatskandidat) oder andere geeignete Person .....	779
c) Eignung zum gerichtlichen Erwachsenenvertreter .....	785
aa) Allgemeines .....	785
bb) Umstände auf Seiten der volljährigen Person .....	785
cc) Umstände auf Seiten des Erwachsenenvertreters .....	786
dd) Bekanntgabe der Ungeeignetheit .....	787
C. Vertretungsumfang .....	788
1. Wirkungsbereich (§ 272 ABGB) .....	788
2. Genehmigungsvorbehalt .....	790
D. Beginn, Fortbestand, Änderung und Beendigung .....	790
1. Beginn .....	790
2. Änderung und Umbestellung .....	791
3. Ende .....	793
a) Allgemeines .....	793
b) Tod der vertretenen Person oder des Erwachsenenvertreters .....	793
c) Gerichtliche Entscheidung .....	794
d) Zeitablauf .....	794
E. Rechte und Pflichten des gerichtlichen Erwachsenenvertreters .....	795
1. Allgemeines .....	795
2. Verständigungspflicht nach Erledigung der Angelegenheiten .....	796
3. Anspruch auf Entschädigung, Entgelt und Aufwandsersatz .....	796
a) Überblick .....	796
b) Entschädigungsanspruch .....	797
aa) Allgemeines .....	797
bb) Regelentschädigung .....	797
cc) Minderungs- und Erhöhungsgründe .....	800
c) Entgeltanspruch .....	802
aa) Allgemeines .....	802
bb) Positive Voraussetzungen .....	803
cc) Negative Voraussetzungen .....	804
dd) Entgeltanspruch eines Rechtsbeistands für das Erwachsenenschutzverfahren oder eines einstweiligen Erwachsenenvertreters? .....	805
d) Vorrang des § 10 ZPO vor § 276 ABGB .....	806
e) Exkurs: Einfluss der Bestellung eines Rechtsanwalts als gerichtlicher Erwachsenenvertreter auf bestehende Verfahrenshelferbestellungen? .....	808
<b>IX. Das Österreichische Zentrale Vertretungsverzeichnis .....</b>	<b>810</b>
A. Einleitung .....	810
B. Das ÖZVV im neuen Erwachsenenschutzrecht – Grundlagen .....	811
1. Rechtsgrundlagen .....	811
2. Systematische Grundlagen .....	812
3. Zweck der Eintragungen im ÖZVV .....	815

C.	Welche Informationen sind im ÖZVV enthalten? .....	815
1.	Registerdaten .....	815
2.	Registerauszug .....	817
D.	Welche Personen oder Stellen sind zur Vornahme von Eintragungen im ÖZVV berechtigt? .....	817
E.	Wie sind Eintragungen im ÖZVV vorzunehmen? .....	818
1.	Allgemeines .....	818
2.	Ersteintragungen – Ursprungseintragungen .....	819
3.	Zusatzeintragungen .....	819
4.	Beendigungseintragungen .....	820
F.	Wer ist berechtigt, in das ÖZVV Einsicht zu nehmen? .....	821
G.	Was passierte mit zum 1.7.2018 bestehenden Eintragungen im ÖZVV? ....	823
<b>X.</b>	<b>Erwachsenenschutzverfahren</b> .....	<b>824</b>
A.	Allgemeines .....	824
B.	Verfahrensrechte der betroffenen Person .....	826
1.	Allgemeines .....	826
2.	Zustellung und Erläuterung von Beschlüssen .....	826
C.	Zuständigkeit .....	828
1.	Sachliche und örtliche Zuständigkeit .....	828
a)	Allgemeine Regelung (§§ 104a, 109 JN) .....	828
b)	Anrufung eines nicht zuständigen Gerichts (§ 44 JN) .....	829
c)	Übertragung der Zuständigkeit (§ 111 JN) .....	829
2.	Funktionelle Zuständigkeit (§ 19 RpfLG) .....	831
D.	Einleitung des Verfahrens zur Bestellung eines gerichtlichen Erwachsenenvertreters .....	832
1.	Antrag oder Anregung .....	832
2.	Verfahrenseinleitung vor Volljährigkeit der betroffenen Person ....	834
E.	Befassung des Erwachsenenschutzvereins .....	834
F.	Erstanhörung .....	836
1.	Allgemeines .....	836
2.	Ladung der betroffenen Person .....	837
3.	Persönlicher Eindruck des Entscheidungsorgans .....	838
4.	Erstanhörung im Rechtshilfeweg als Ausnahme .....	840
G.	Rechtsbeistand im Verfahren .....	841
H.	Einstweiliger Erwachsenenvertreter .....	845
1.	Voraussetzungen .....	845
2.	Wirkungen .....	848
I.	Sachverständigengutachten .....	849
J.	Mündliche Verhandlung .....	852
K.	Einstellung des Verfahrens .....	855
L.	Inhalt des Bestellschlusses .....	858
1.	Obligatorischer Inhalt .....	858
2.	Fakultativer Inhalt .....	859
3.	Begründungspflicht .....	860

M. Wirksamwerden der Bestellung eines Erwachsenenvertreters .....	861
N. Rechtsmittelverfahren .....	861
O. Verständigungspflichten .....	864
P. Angehörige .....	866
Q. Änderung, Übertragung, Erneuerung und Beendigung der gerichtlichen Erwachsenenvertretung .....	868
1. Allgemeines .....	868
2. Änderung und Beendigung der gerichtlichen Erwachsenenvertretung .....	870
3. Erneuerung der gerichtlichen Erwachsenenvertretung .....	871
4. Übertragung der gerichtlichen Erwachsenenvertretung .....	873
R. Anordnung oder Aufhebung eines Genehmigungsvorbehalts .....	875
S. Kosten des Erwachsenenschutzverfahrens .....	877
1. Kostenersatz durch die betroffene Person .....	877
2. Kostentragungspflicht des Bundes und Verfahrenshilfe .....	878
3. Exkurs: Erwachsenenschutzverfahren und Gebührenanspruchsgesetz .....	879
T. Verhältnis des Erwachsenenschutzverfahrens zu anderen zivilgerichtlichen Verfahren .....	880
1. Zivilprozess .....	880
2. Außerstreitverfahren .....	883
3. Besonderheiten im Zusammenhang mit Verfahren in Ehesachen ...	884
4. Verlassenschaftsverfahren nach der betroffenen Person .....	884
U. Berichtspflicht und Auskunftsrechte .....	885
V. Gerichtliche Kontrolle von Rechtshandlungen in der Personensorge ...	886
1. Allgemeines .....	886
2. Medizinische Behandlung und Forschung .....	887
3. Sterilisation .....	888
4. Änderung des Wohnorts .....	889
5. Kosten .....	889
W. Genehmigung von Rechtshandlungen in der Vermögenssorge .....	890
1. Parteistellung im Genehmigungsverfahren .....	890
2. Zu genehmigende Rechtshandlungen .....	891
3. Beschluss und „Genehmigungsklausel“ .....	891
4. Kosten .....	892
X. Geheimhaltungspflicht und Vertraulichkeit der Daten .....	892
<b>XI. Aufgaben der Erwachsenenschutzvereine .....</b>	<b>896</b>
A. Errichtung von Vorsorgevollmacht, gewählter und gesetzlicher Erwachsenenvertretung .....	896
1. Vorbemerkungen .....	896
2. Die neuen Aufgaben der Erwachsenenschutzvereine .....	896
3. Errichtung und Registrierung einzelner Vertretungsformen .....	897
a) Allgemeines .....	897
aa) Strengere Voraussetzungen für Stellvertretung .....	897
bb) Vorrang der Unterstützung .....	897

b)	Vorsorgevollmacht .....	897
aa)	Erwachsenenschutzvereine als zusätzliche Dienstleister .....	898
bb)	Kombination Vollmacht mit Vorsorgevollmacht .....	898
cc)	Eintritt des Vorsorgefalls .....	899
dd)	Ausschlusskriterien für Erwachsenenschutzvereine .....	900
c)	Gewählte Erwachsenenvertretung .....	900
aa)	Neue Vertretungsform als Lückenschluss .....	900
bb)	Individuelle bedarfsorientierte Vereinbarungen .....	901
cc)	Schlussfolgerung für Rechts- und Geschäftsverkehr .....	902
dd)	Vereinbarungen mit erhöhter rechtlicher Komplexität und Liegenschaften .....	903
ee)	Priorisierung der gewählten Erwachsenenvertretung .....	903
d)	Gesetzliche Erwachsenenvertretung .....	904
e)	Erwachsenenvertreter-Verfügung .....	906
f)	Praxisrelevante Vorgehensweisen im Bereich Errichtung und Registrierung von Vertretungsformen .....	907
aa)	Aus der Beratung zu Errichtung und Registrierung .....	907
bb)	Aus dem Clearing zu Errichtung und Registrierung .....	907
cc)	Abläufe bei Errichtung und Registrierung .....	908
g)	Praktische Umsetzung des Rechts auf Selbstbestimmung trotz Stellvertretung .....	913
h)	Wirksamkeit der Rechtshandlungen vertretener Personen .....	916
B.	Besonderer Rechtsbeistand gem § 131 AußStrG .....	917
C.	Sonstige Aufgaben der Erwachsenenschutzvereine .....	920
1.	Unterstützung zur Selbstbestimmung (§ 4a Abs 4 ErwSchVG) .....	920
2.	Vortrag – Information – Beratung .....	921
D.	Clearing .....	924
1.	Einleitung .....	924
a)	Begriff und Entstehungsgeschichte des Clearings .....	924
b)	Bezug zur UN-BRK .....	926
c)	Ziele des Clearings .....	928
d)	Tätigkeitsbereiche im Clearing .....	929
aa)	Tätigkeiten im Vorfeld von Erwachsenenvertretung und Vorsorgevollmacht .....	929
bb)	Tätigkeit im Rahmen der gerichtlichen Verfahren – „Clearing im engeren Sinn“ .....	930
cc)	Beratende und unterstützende Tätigkeiten bei bestehenden Vertretungen .....	931
2.	Grundlagen des Clearings .....	932
a)	Clearing ist eine auf Berufswissen beruhende Einschätzung .....	932
b)	Umfassende Wahrnehmung der betroffenen Person .....	932
c)	Berücksichtigung von Subjektivität .....	933
d)	Auseinandersetzung mit dem sozialen Umfeld .....	934
aa)	Kontakt zu Personen im sozialen Umfeld .....	934
bb)	Umsetzen eines sozialen Behinderungsbegriffes .....	934

3. Konkrete Umsetzung des Clearings in den gerichtlichen Verfahren ...	935
a) Clearing im Verfahren auf Bestellung eines gerichtlichen Erwachsenenvertreters .....	935
aa) Gerichtliche Erledigungen im Vorfeld des Clearings .....	935
bb) Clearingauftrag formell .....	936
cc) Clearingauftrag inhaltlich .....	936
dd) Berücksichtigung der Verfahrensrechte von nahen Angehörigen .....	937
ee) Einbeziehung des Trägers der Sozial- oder Behindertenhilfe ....	938
ff) Clearingbericht .....	938
gg) Erörterung eines Clearingberichtes in der Tagsatzung .....	941
hh) Zustellung eines Einstellungsbeschlusses an den Erwachsenenschutzverein .....	941
b) Clearing im Verfahren auf Erweiterung, Einschränkung oder Beendigung sowie auf Anordnung eines Genehmigungs- vorbehaltes .....	942
c) Clearing im Verfahren auf Erneuerung einer gerichtlichen Erwachsenenvertretung .....	942
d) Clearing Plus – Unterstützung zur Selbstbestimmung .....	943
e) Clearing im Verfahren auf Genehmigung einer dauerhaften Wohnortänderung .....	945
aa) Verfahrensrechtliche Rahmenbedingungen des Clearings bei Wohnortänderung .....	945
bb) Inhalt des Clearings bei Wohnortänderung .....	946
cc) Bezug zu den sozialen Unterstützungsstrukturen .....	947
<b>XII. Internationales Erwachsenenenschutzrecht .....</b>	<b>948</b>
A. Einleitung .....	948
1. Übersicht .....	948
2. Entwicklungen seit der Voraufgabe .....	949
B. Allgemeiner Teil .....	950
1. Einleitung .....	950
2. Entwicklung des internationalen Erwachsenenenschutzrechts .....	950
3. Übersicht und Systematik .....	950
4. Haager Erwachsenenenschutzübereinkommen (HESÜ) – allgemeiner Teil .....	951
a) Übersicht .....	951
b) Räumlicher Anwendungsbereich .....	951
c) Persönlicher Anwendungsbereich .....	952
d) Sachlicher Anwendungsbereich .....	952
e) Zeitlicher Anwendungsbereich .....	953
f) Grundzüge / Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts .....	953
5. Internationales Privatrecht – allgemeiner Teil .....	954
a) Bilaterale Verträge .....	954
b) Anwendungsbereich des HESÜ .....	954

c)	Allgemeine Bestimmungen des IPR – Übersicht .....	954
d)	Ermittlung und Anwendung fremden Rechts .....	955
e)	Ermittlung fremden Rechts im Zusammenhang mit medizinischen Notfällen .....	955
f)	Das auf die Form einer Rechtshandlung anzuwendende Recht ....	956
aa)	Übersicht .....	956
bb)	HESÜ .....	957
cc)	§ 8 IPRG allgemein .....	957
dd)	Errichtung der Erwachsenenvertreter-Verfügung und der Patientenverfügung .....	958
ee)	Registrierung der Erwachsenenvertreter-Verfügung und der gesetzlichen Erwachsenenvertretung im ÖZVV .....	958
ff)	Errichtung und/oder Registrierung vor bzw durch einen ausländischen Notar, Anwalt, Erwachsenenschutzverein oder Patientenvertreter (Substituierbarkeit) .....	959
gg)	Ordre-public .....	960
g)	Vorfragen, ordre-public, Sachnorm- und Gesamtverweisung ....	962
h)	Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit .....	962
i)	Gutgläubensschutz nach Art 17 HESÜ und Art 13 Rom I VO ...	963
j)	Internationales Privatrecht im Zusammenhang mit Gerichts- entscheidungen .....	964
aa)	Grundregel des Art 13 Abs 1 HESÜ und § 15 Abs 1 IPRG ...	964
bb)	Ausnahme des Art 13 Abs 2 HESÜ .....	965
6.	Internationale Zuständigkeit .....	965
a)	Allgemein .....	965
b)	Zuständigkeit für Entscheidungen .....	966
c)	Bilaterale Verträge .....	966
d)	Verhältnis zwischen JN und HESÜ (Anwendungsbereich) .....	967
e)	Zuständigkeitsprüfung und -entscheidung .....	968
f)	Absehen von der Einleitung oder Fortsetzung des Verfahrens nach § 110 Abs 2 JN .....	968
g)	Gerichtsanhängigkeit/Koordinierung der Zuständigkeiten .....	968
h)	Änderung der zuständigkeitsbegründenden Umstände – perpetuatio fori .....	969
aa)	Problemstellung .....	969
bb)	Regelung des HESÜ .....	969
cc)	§ 29 JN .....	970
i)	Die einzelnen Zuständigkeiten des HESÜ .....	970
aa)	Zuständigkeit im Vertragsstaat des gewöhnlichen oder schlichten Aufenthalts (Art 5 und 6 HESÜ) .....	970
bb)	Zuständigkeit des Heimatstaates (Art 7 HESÜ) .....	971
cc)	Übertragung der Zuständigkeit (Art 8 HESÜ) .....	973
dd)	Zuständigkeit im Staat der Belegenheit von Vermögen des Erwachsenen (Art 9 HESÜ) .....	974
ee)	Eilmaßnahmen (Art 10 HESÜ) .....	975

ff) Zuständigkeit für vorläufige Entscheidungen (Art 11 HESÜ) .....	975
j) Die Zuständigkeit nach § 110 Abs 1 JN .....	975
7. Anerkennung, Vollstreckbarerklärung und Vollstreckung .....	976
a) Übersicht .....	976
b) Was bedeutet „Anerkennung“ einer Entscheidung? .....	976
c) Anerkennung nach bilateralen Verträgen .....	976
d) Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen aus Vertragsstaaten des HESÜ .....	976
aa) Allgemein (Art 22 HESÜ) .....	976
bb) Anerkennungs- und Vollstreckbarkeitsverweigerungsgründe nach Art 22 HESÜ .....	977
e) Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen aus Nichtvertragsstaaten des HESÜ nach §§ 131a ff AußStrG ....	978
aa) Allgemein .....	978
bb) Anerkennungs- und Vollstreckbarkeitsverweigerungsgründe nach § 131b Abs 4 AußStrG .....	978
f) Verfahren zur (formellen) Anerkennung und Vollstreckbar- erklärung für Entscheidungen aus Vertragsstaaten und Nicht- vertragsstaaten des HESÜ (§§ 131c ff AußStrG) .....	978
g) Vollstreckung .....	979
8. Internationale Zusammenarbeit der Behörden und Gerichte .....	979
9. Öffentliches Recht .....	980
a) Regelung der Zuständigkeit auch von Behörden im Anwendungs- bereich des HESÜ .....	980
b) Anerkennung ausländischer Entscheidungen bzw Rechts- verhältnisse durch österr Behörden .....	980
10. Andere besonders einschlägige Bestimmungen in VO und Übereinkommen .....	981
11. Konsularverträge .....	981
C. Vorsorgevollmacht .....	981
1. Übersicht .....	981
2. Anzuwendendes Recht .....	982
a) Übersicht .....	982
b) Grundregel des Art 15 Abs 1 und 2 HESÜ .....	983
aa) Rechtswahl (Art 15 Abs 2 HESÜ) .....	983
bb) Mangels Rechtswahl anzuwendendes Recht (Art 15 Abs 1 HESÜ) .....	983
c) „Ausübung“ der Vollmacht (Art 15 Abs 3 HESÜ) .....	984
d) Beendigung der Vollmacht .....	984
aa) Beendigung ohne Mitwirkung eines Gerichts (Art 15 HESÜ) .....	984
bb) Beendigung durch Entscheidung eines Gerichts (Art 16 HESÜ) .....	984
e) Verhältnis der Vorsorgevollmacht zu anderen Formen der Erwachsenenvertretung .....	985



3. Entscheidungen des Gerichts (internationale Zuständigkeit und anzuwendendes Recht) .....	986
a) Übersicht .....	986
b) Beendigung der Vorsorgevollmacht durch gerichtliche Entscheidung .....	986
c) Gerichtsentscheidungen im Zusammenhang mit der Kontrolle des Vorsorgebevollmächtigten .....	986
D. Gewählter Erwachsenenvertreter .....	988
1. Übersicht .....	988
2. Anzuwendendes Recht .....	988
a) Anwendbarkeit des Art 15 Abs 1 HESÜ .....	988
b) Rechtswahl nach Art 15 Abs 2 HESÜ .....	989
c) Verhältnis zu anderen Vertretungsformen .....	990
3. Beendigung der gewählten Erwachsenenvertretung – anzuwendendes Recht und internationale Zuständigkeit .....	990
4. Kontrolle des gewählten Erwachsenenvertreters durch das Gericht – anzuwendendes Recht und internationale Zuständigkeit .....	990
E. Gesetzlicher Erwachsenenvertreter .....	991
1. Übersicht .....	991
2. Anwendbarkeit des HESÜ .....	991
3. Internationale Zuständigkeit – Übersicht .....	992
4. Anzuwendendes Recht – Übersicht .....	992
5. Zulässigkeit, Voraussetzungen und Wirkungen – anzuwendendes Recht .....	993
6. Beendigung oder Änderung – anzuwendendes Recht und internationale Zuständigkeit .....	996
a) Übersicht .....	996
b) Beendigung oder Änderung ohne Mitwirkung eines Gerichts – anzuwendendes Recht .....	996
c) Beendigung oder Änderung durch eine Gerichtsentscheidung – internationale Zuständigkeit und anzuwendendes Recht .....	996
7. Verhältnis zum gerichtlichen Erwachsenenvertreter .....	997
8. Registrierung im ÖZVV .....	997
9. Kontrolle des gesetzlichen Erwachsenenvertreters durch das Gericht – internationale Zuständigkeit und anzuwendendes Recht .....	998
a) Übersicht .....	998
b) Gerichtliche Genehmigung von Vertretungshandlungen .....	998
c) Kontrolle durch das Gericht und Berichtspflichten gegenüber dem Gericht .....	998
F. Gerichtlicher Erwachsenenvertreter .....	999
1. Entwicklung seit der Voraufgabe .....	999
2. Verhältnis zu den anderen Vertretungsformen .....	999
3. Internationale Zuständigkeit .....	999
4. Anzuwendendes Recht .....	1000
a) Grundregel des Art 13 Abs 1 HESÜ und § 15 Abs 1 IPRG .....	1000

b) „Durchführung“ von Maßnahmen nach Art 14 HESÜ und § 15 Abs 2 IPRG .....	1001
aa) Übersicht .....	1001
bb) Mögliche Konstellationen .....	1002
cc) Anwendungsbereich des Art 14 HESÜ und § 15 Abs 2 IPRG – was ist die Durchführung einer Maßnahme? .....	1002
c) Genehmigungsvorbehalt .....	1003
d) Die Erwachsenenvertreter-Verfügung .....	1004
G. Patientenverfügung .....	1005
1. Übersicht .....	1005
2. Anzuwendendes Recht .....	1005
a) Öffentliches Recht oder Privatrecht? .....	1005
b) Das PatVG als Eingriffsnorm / ordre-public .....	1006
c) Allgemeine kollisionsrechtliche Anknüpfung .....	1006
aa) Rechtslage vor der PatVG-Novelle 2018 .....	1006
bb) Die PatVG-Novelle 2018 (§ 1 Abs 3 PatVG) .....	1006
d) Form .....	1009
3. Verhältnis der Patientenverfügung zu anderen Vertretungsformen ...	1009
H. Beispielfall .....	1010
<b>XIII. Erwachsenenschutzrecht und Strafrecht</b> .....	1014
A. Erwachsenenschutzrecht und materielles Strafrecht .....	1015
1. Zurechnungsunfähigkeit infolge psychischer Störungen .....	1015
2. Verminderte Diskretions- und Dispositionsfähigkeit .....	1017
3. Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher (§ 21 StGB) .....	1019
4. Verschwiegenheitspflicht des Vorsorgebevollmächtigten oder Erwachsenenvertreters und ihre (strafrechtliche) Bewehrung .....	1024
a) Verschwiegenheitspflicht nach § 248 Abs 1 ABGB .....	1024
b) Verschwiegenheitspflicht nach § 140 Abs 2 AußStrG .....	1026
c) Verschwiegenheitspflicht der als Erwachsenenvertreter bestellten Rechtsanwälte und Notare .....	1028
d) Verschwiegenheitspflicht nach § 6 ErwSchVG .....	1028
e) Verhältnis der strafbewehrten Verschwiegenheitspflichten zueinander .....	1033
5. Eigenmächtige Heilbehandlung (§ 110 StGB) und Patientenverfügung .....	1034
a) Allgemeines .....	1034
b) Voraussetzungen einer Patientenverfügung .....	1035
c) Einordnung einer entsprechenden Erklärung des Patienten .....	1036
d) Medizinische Notfallversorgung .....	1037
e) § 15 PatVG .....	1038
B. Erwachsenenschutzrecht und Strafprozessrecht .....	1039
1. Strafrechtliche Prozess- und Verhandlungsfähigkeit des Beschuldigten sowie Beteiligungsfähigkeit des Betroffenen im Unterbringungsverfahren nach § 21 Abs 1 StGB .....	1039

a)	Strafrechtliche Prozess- und Verhandlungsfähigkeit des Beschuldigten .....	1039
b)	Beteiligungsfähigkeit des Betroffenen im Unterbringungsverfahren nach § 21 Abs 1 StGB .....	1041
c)	Verhältnis der zivilrechtlichen Prozessfähigkeit zur strafrechtlichen Prozess- und Verhandlungsfähigkeit des Beschuldigten ....	1041
d)	Prüfung der strafrechtlichen Prozess- und Verhandlungsfähigkeit des Beschuldigten sowie der Beteiligungsfähigkeit des Betroffenen und Verständigung des PflEGschaftsgerichts .....	1047
e)	Konsequenzen der irrigen Annahme der strafrechtlichen Prozess- und Verhandlungsfähigkeit des Beschuldigten .....	1051
2.	Fähigkeit eines sonstigen Prozessbeteiligten, durch eigene Willenserklärungen auf das Strafverfahren einzuwirken .....	1052
a)	Aktive strafrechtliche und zivilrechtliche Prozessfähigkeit .....	1052
b)	Vorgehen im Privat- und Subsidiaranklageverfahren, soweit kein Vorsorgebevollmächtigter oder Erwachsenenvertreter bestellt ist .....	1054
c)	Vorgehen im Adhäsionsverfahren, soweit kein Vorsorgebevollmächtigter oder Erwachsenenvertreter bestellt ist .....	1056
d)	Vorgehen bei Verfahren, denen ein Ermächtigungsdelikt zugrunde liegt, und bei Opfern, soweit kein Vorsorgebevollmächtigter oder Erwachsenenvertreter bestellt ist .....	1060
e)	Vorgehen bei Zeugen, soweit kein Vorsorgebevollmächtigter oder Erwachsenenvertreter bestellt ist .....	1061
aa)	Zeugnisfähigkeit .....	1061
bb)	Fähigkeit, die Rechte eines Zeugen auszuüben .....	1061
cc)	Fähigkeit des Zeugen zur Ausübung des Rechts auf Aussagebefreiung nach § 156 StPO und auf Aussageverweigerung nach § 157 StPO .....	1063
dd)	Fähigkeit des Zeugen zur Ausübung des Rechts auf Aussageverweigerung nach § 158 StPO .....	1063
f)	Prüfung der aktiven Prozess-, Zeugnis- oder sonstigen Fähigkeit, ein Verfahrensrecht auszuüben .....	1066
g)	Vorgehen, falls dem Prozessbeteiligten bereits ein Vorsorgebevollmächtigter oder Erwachsenenvertreter für den Bereich des Verfahrens bestellt ist .....	1067
aa)	Entscheidung des Vorsorgebevollmächtigten oder Erwachsenenvertreters .....	1067
bb)	Notwendigkeit der pflegschaftsgerichtlichen Genehmigung ...	1069
cc)	Fortgang des Verfahrens .....	1072
h)	Konsequenzen der irrigen Annahme der aktiven Prozess-, Zeugnis- oder sonstigen Fähigkeit, ein Verfahrensrecht auszuüben .....	1076
3.	Rechte des betroffenen Beschuldigten und seines Vorsorgebevollmächtigten bzw Erwachsenenvertreters im Strafprozess .....	1076

a)	Prozessrechtliche Stellung des Beschuldigten .....	1076
b)	Prozessrechtliche Stellung des Vorsorgebevollmächtigten bzw Erwachsenenvertreters .....	1077
c)	Widerstreitende Prozesserkklärungen .....	1085
4.	Sonstige strafprozessuale Fragen im Zusammenhang mit dem Erwachsenenschutzrecht (Gleichwertigkeit von Vorsorgevollmacht, gewillkürter, gesetzlicher oder gerichtlicher Erwachsenenvertretung; Entschlagungsrecht des Vorsorgebevollmächtigten bzw Erwachsenenvertreters) .....	1085
a)	Gleichwertigkeit von Vorsorgevollmacht, gewillkürter, gesetzlicher oder gerichtlicher Erwachsenenvertretung .....	1085
b)	Aussagebefreiung und Aussageverweigerungsrecht des Vorsorgebevollmächtigten bzw Erwachsenenvertreters .....	1086
5.	Sonderbestimmungen für das Verfahren zur Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher .....	1088
C.	Erwachsenenschutzrecht und Strafvollzugsrecht .....	1094
1.	Vollzug einer Freiheitsstrafe an Strafgefangenen mit psychischen Besonderheiten .....	1094
2.	Vollzug von vorbeugenden Maßnahmen nach § 21 StGB .....	1096
3.	Kontakt des betroffenen Insassen mit seinem Vorsorgebevoll- mächtigten bzw Erwachsenenvertreter .....	1099
4.	Gerichtliches Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz .....	1101
<b>XIV.</b>	<b>Erwachsenenschutzrecht und Verwaltungsrecht .....</b>	<b>1104</b>
A.	Hinführung .....	1104
B.	Auswirkungen des Erwachsenenschutzrechts auf das Verwaltungs- verfahren .....	1105
1.	Prozessfähigkeit im Verwaltungsverfahren .....	1105
a)	Allgemeines .....	1105
b)	Neuer Grundsatz: Prozessfähigkeit trotz gesetzlicher Vertretung ...	1106
c)	Ausnahmen .....	1107
2.	Die gesetzliche Vertretung im Verwaltungsverfahren .....	1108
3.	Veranlassung der Bestellung eines gerichtlichen Erwachsenen- vertreters durch die Verwaltungsbehörde .....	1110
4.	Erweiterung der Manuduktionspflicht im Verwaltungsverfahren ....	1112
5.	Position der Verwaltungsbehörde im Erwachsenenschutz- verfahren .....	1114
6.	Die gewillkürte Vertretung im Verwaltungsverfahren .....	1115
7.	Weitere Änderungen/Anpassungen im Verwaltungs(straf)- verfahrensrecht .....	1116
C.	Anpassung verwaltungsrechtlicher Vorschriften .....	1117
1.	Allgemeines .....	1117
2.	Anpassung der Gesundheitsvorschriften des Bundes .....	1118
a)	Gesetzliche Regelungen .....	1118
b)	Neue Rechtslage .....	1119

3. Anpassung der Sozialvorschriften des Bundes .....	1120
a) Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG) .....	1120
aa) Gesetzliche Regelungen .....	1120
bb) Neue Rechtslage (ab 15.8.2018) .....	1121
cc) Übergangsregelung (1.7.2018 bzw 15.8.2018–1.1.2024) .....	1122
dd) Rechtslage vom 1.7.2018 bis 15.8.2018 .....	1122
b) Bundespflegegeldgesetz (BPGG) .....	1123
aa) Gesetzliche Regelungen .....	1123
bb) Neue Rechtslage (ab 1.7.2018) .....	1123
4. Sonstige Anpassungen in Bundesgesetzen .....	1124
D. Auslegung zivilrechtlicher Begriffe in nicht angepassten Gesetzen .....	1125
1. Interpretation nicht angepasster Bundesgesetze .....	1125
a) Allgemeines .....	1125
b) Neue Rechtslage (ab 1.7.2018) .....	1126
c) Übergangsregelung (1.7.2018–1.1.2024) .....	1126
2. Interpretation nicht angepasster Landesgesetze .....	1127
a) Oberösterreichisches Jagdgesetz .....	1127
aa) Gesetzliche Regelungen .....	1127
bb) Bisherige Rechtslage (bis 30.6.2018) .....	1127
cc) Neue Rechtslage (ab 1.7.2018) .....	1128
dd) Übergangsregelung (1.7.2018–1.1.2024) .....	1129
b) Niederösterreichisches Sozialhilfegesetz .....	1129
E. Keine Anwendung des Erwachsenenschutzrechts im Verwaltungsrecht ...	1130
1. Rechts- und Parteifähigkeit .....	1130
2. Deliktsfähigkeit .....	1131
3. Unbestimmte Gesetzesbegriffe und Altersangaben .....	1131
4. Sonstiges .....	1132
<b>Anhang</b> .....	1133
<b>Anhang 1: Muster und Richtlinien</b> .....	1133
Muster 1: Schreiben zur Bekanntgabe einer Vorsorgevollmacht oder Erwachsenenvertretung .....	1133
Muster 2: Antrittsbericht .....	1135
Muster 3: Jährlicher Lebenssituationsbericht und Rechnungslegung .....	1137
Muster 4: Antrag auf pflegschaftsgerichtliche Genehmigung .....	1139
Muster 5: Schlussbericht.....	1141
Muster 6: Erwachsenenvertreter-Verfügung .....	1143
Muster 7: Vorsorgevollmacht .....	1147
Muster 8: Vereinbarung über eine gewählte Erwachsenenvertretung .....	1155
Muster 9: Patientenverfügung .....	1162
ÖZVV-Richtlinien 2018 .....	1169
Muster 10: Ärztliches Zeugnis .....	1179
Muster 11: Gewählte Erwachsenenvertretung .....	1182
Muster 12: Gesetzliche Erwachsenenvertretung .....	1184
Muster 13: Gesetzliche Erwachsenenvertretung – Einstweilige Verfügung .....	1186
Muster 14: Gerichtliche Erwachsenenvertretung .....	1189

<b>Anhang 2: Gesetzestexte</b> .....	1193
I. Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch .....	1193
II. Außerstreitgesetz .....	1249
III. Zivilprozessordnung .....	1295
IV. Jurisdiktionsnorm .....	1296
V. Rechtspflegergesetz .....	1298
VI. Erwachsenenschutzvereinsgesetz .....	1300
VII. Notariatsordnung .....	1308
VIII. Rechtsanwaltsordnung .....	1317
Stichwortverzeichnis .....	1323